

Oleksandra Betliy, Vitaliy Kravchuk, Garry Poluschkin

Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit im Fokus

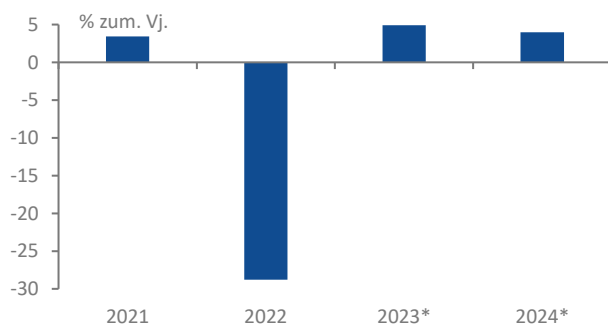
2024 wird das ukrainische BIP erneut moderat wachsen, aber weit unter dem Vorkriegsniveau bleiben. Das Wachstum wird durch einen Anstieg des privaten Konsums aufgrund der Erholung der Reallöhne angetrieben, während sowohl private als auch öffentliche Investitionen aufgrund von Finanzierungsproblemen und Unsicherheit eingeschränkt sind. Die Exporte dürften sich aufgrund der Einrichtung eines eigenen Transportkorridors durch das Schwarze Meer leicht verbessern, jedoch weiter unter den Importen liegen. Das daraus resultierende Leistungsbilanzdefizit und das Haushaltsdefizit, stellen für die Ukraine eine große Herausforderung dar. Internationale Anstrengungen sind daher in Form von Exportunterstützung und Finanzhilfen weiter von entscheidender Bedeutung, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Wachstum 2023 und 2024, aber von geringer Basis

Nachdem das BIP 2022 um 28,8% geschrumpft war, stieg es 2023 um etwa 5,2%. Das Wachstum 2024 wird etwa 4,0% zum Vj. erreichen. Von einer Erholung ist die Ukraine jedoch noch weit entfernt. Die Wirtschaft wird 21% unter dem Vorkriegsniveau bleiben. Die Prognose basiert dabei auf den folgenden Annahmen:

- Kriegsintensität wird 2024 nicht zurückgehen.
- Unterstützungsprogrammen der USA und des IWFs werden ausgezahlt.
- Keine wesentlichen Änderungen in der Steuer- oder Geldpolitik.
- Der Meereskorridor wird ausgeweitet und unterstützt den Landwirtschafts- und der Metallsektor.

Veränderung des realen BIP



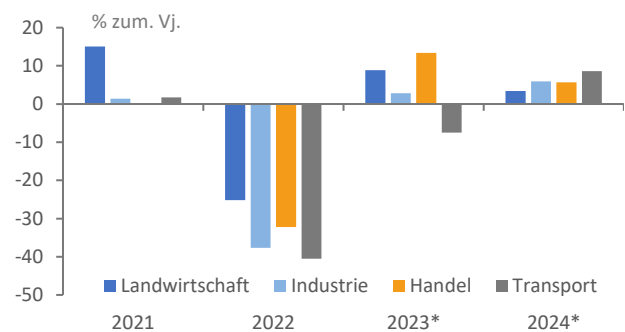
Quelle: Ukrstat, *IER/GET Schätzung/Prognose

Angebotsseite

2024 schätzen wir ein moderates Wachstum (3,4%) des Landwirtschaftssektors, da die Entminung voranschreitet, der Sektor sich weiter an die neuen Bedingungen anpasst und die Exportlogistik sich verbessert. Günstige

Wetterbedingungen in der Exportlogistik sowie eine stabile Energieversorgung dürften ebenfalls zu einer Verbesserung der Industrieproduktion beitragen. Dennoch wird sie etwa 30% unter dem Niveau von 2021 liegen. Der Handel über das Schwarze Meer wird sich erholen, einschließlich der mit Industriegütern. Eine Zunahme des Landtransportes wird ebenfalls erwartet. Dies wird dem Transportsektor 2024 ein Wachstum von 8,6% ermöglichen, nach einem Rückgang von etwa 7,5% 2023.

Entwicklung der wichtigsten Sektoren



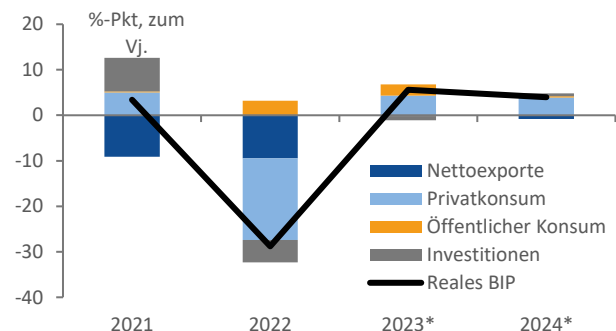
Quelle: Ukrstat, *IER/GET Schätzung/Prognose

Wir prognostizieren außerdem, dass der Handel im Einklang mit der internationalen Entwicklung und der Binnennachfrage in der Ukraine wachsen wird.

Nachfrageseite

2024 erwarten wir, dass der reale private Konsum um 5,9% steigen wird aufgrund der Ersparnisse, die zurückgehalten wurden. Außerdem führt der Arbeits- und Fachkräftemangel zu steigenden Reallöhnen. Diese nähern sich dem Vorkriegsniveau an. Somit bleibt der private Konsum der wichtigste Wachstumsmotor. Die Verteidigungsausgaben werden dabei weiterhin der wichtigste Treiber für den öffentlichen Konsum sein. Die Indexierung der Renten wird für das Frühjahr erwartet.

Nachfrageseite: Beitrag zum Wirtschaftswachstum



Quelle: Ukrstat, *IER/GET Schätzung/Prognose

Wir schätzen, dass die Bruttoanlageinvestitionen 2024 um 10,7% zum Vj. steigen werden, was auf den dringenden Wiederaufbau- und Reparaturbedarf, das Wachstum der Verteidigungsinvestitionen und die allmähliche Erholung der privaten Investitionen zurückzuführen ist.

Gleichzeitig bleiben sie aber etwa 19% niedriger als 2021, da Finanzmittel für den Wiederaufbau fehlen und die Unsicherheit private Investitionen hemmen.

Leistungsbilanz im Defizit

2024 wird das Leistungsbilanzdefizit etwa 8,1% des BIP erreichen. Diese Entwicklung spiegelt die steigende Nachfrage nach Importen sowie geringere Zuschüsse für den ukrainischen Haushalt wider. Die Exporterlöse werden voraussichtlich auf dem Niveau von 2023 bleiben, da die Preise voraussichtlich niedriger sein werden als 2023, während die Mengen aufgrund einer verbesserten Logistik, vor allem auf dem Seeweg, steigen dürfte. Die internationalen Anstrengungen zur Sicherung und Unterstützung dieses Transportweges werden für die Verbesserung der Leistungsbilanz entscheidend sein.

Inflation: Schnellerer Rückgang als erwartet

Die Inflation lag Ende 2023 bei 5,1% zum Vj. Der Nationalbank (NBU) ist es gelungen, die Inflationserwartungen zu einem gewissen Grad zu verankern. Dabei blieb die Erholung der Binnennachfrage moderat. Darüber hinaus trugen eine gute Ernte, der Rückgang der Weltmarktpreise für Energie und einige andere wichtige Güter dazu bei, die Preise moderat zu halten. Auch der Wechselkurs blieb stabil. Für 2024 erwarten wir, dass die Inflationserwartungen und die Wechselkursschwankungen begrenzt, sowie die Rohstoffpreise in etwa auf dem Niveau von 2023 bleiben werden. Die NBU dürfte den realen Leitzins auf einem fast zweistelligen Niveau weiter hochhalten. Allerdings wird der Abwärtsdruck auf die Preise weniger stark sein, da sich die Binnennachfrage voraussichtlich weiter erholen wird. Wir nehmen auch einen gewissen Anstieg der regulierten Preise an. Somit schätzen wir eine Inflation von 8,2% zum Jahresende 2024.

Haushaltsdefizit

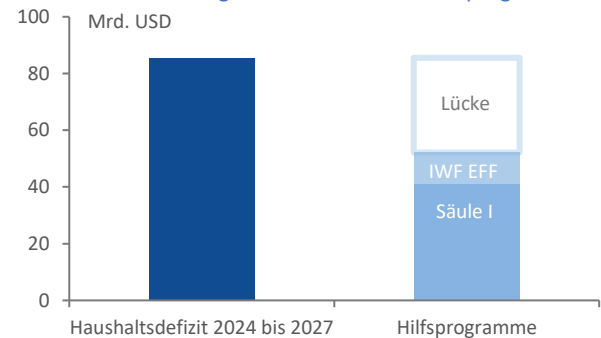
2024 wird die Haushaltslage voraussichtlich weiter schwierig bleiben. Inländische Ressourcen reichen aus, um die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben zu decken, sofern die Militärhilfe der internationalen Partner fortgesetzt wird. Daher wird der Bruttofinanzierungsbedarf des Staates (inkl. der Refinanzierung inländischer Anleihen) mit rund 50 Mrd. USD voraussichtlich hoch bleiben. Darin enthalten sind 36 Mrd. USD an erwarteten internationalen Finanzhilfen. Außerdem erwarten wir, dass die Regierung eine Einigung mit kommerziellen Gläubigern erzielen wird, die es ihr ermöglicht, diesjährige Rückzahlungen zu vermeiden. 2022 vereinbarte die Regierung ein Stillhalteabkommen, das im September 2024 ausläuft. Das IWF-Programm sieht eine Umstrukturierung vor. Insgesamt wird das Haushaltsdefizit (ohne Zuschüsse) für 2024 auf 22% des BIP geschätzt. Dadurch werden die staatlichen und staatlich garantierten

Schulden voraussichtlich etwa 95% des BIP erreichen. Sollte die internationale Finanzhilfe 2024 geringer ausfallen als im Haushalt geplant, wird die Regierung Schwierigkeiten haben, ihre wichtigsten Ausgabenprioritäten zu erfüllen. Eine der Optionen wäre die monetäre Haushaltsfinanzierung durch die NBU, was jedoch negative Auswirkungen auf die makrofinanzielle Stabilität haben würde.

Fazilität der EU und Ausblick

Der Europäische Rat billigte unlängst die „Ukraine-Fazilität“, ein im EU-Haushalt enthaltenes Instrument, das eine mittelfristige finanzielle Unterstützung der Ukraine in Höhe von insgesamt 50 Mrd. EUR für den Zeitraum 2024 bis 2027 gewährleistet. Dieses Instrument besteht aus einer Säule für Budgethilfe, einer Säule für Investitionen und einer für technische Unterstützung zur Annäherung an EU-Recht. Die Fazilität mildert erheblich den Druck auf den Haushalt für den Zeitraum, reicht aber immer noch nicht aus, um die erwarteten Haushaltsdefizite vollständig zu decken.

Haushaltsfinanzierungsbedarf und Intern. Hilfsprogramme



Quellen: EU, IWF

Die Kosten für den Wiederaufbau, die bereits 400 Mrd. USD übersteigen, sind darin nicht eingerechnet. Während die Diskussion von Konzepten für einen umweltfreundlichen und nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine bereits während des Krieges wichtig ist, muss der Fokus auf einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit bleiben, um die wirtschaftlichen, sozialen und weiteren Herausforderungen zu finanzieren, die durch den Krieg entstanden sind.

Dieser Newsletter basiert auf der gemeinsamen [Prognose für 2024](#) des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) Kyiv und des German Economic Team sowie dem demnächst erscheinenden Wirtschaftsausblick.

Finanziert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), berät das German Economic Team (GET) die Regierungen der Länder Ukraine, Belarus*, Moldau, Kosovo, Armenien, Georgien und Usbekistan zu wirtschaftspolitischen Fragen. Mit der Durchführung der Beratung wurde Berlin Economics betraut.

*Zurzeit findet keine Beratung in Belarus statt.